

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Verlagspreis monatlich (mit Haus 2 NR.) (halbjährlich 1 NR.) durch die Post bezogen monatlich 2 NR. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18600, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-21, Osterbahnstr. 2 / Fernstr. Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechtunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Montag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dienstag, den 15. November 1927

Nummer 266

Der schwarze Sonntag

Die Wahl Niederlage des Bürgerblocks

Berlin, 14. November.

Die gesamte Abendpresse beschäftigt sich mit den Ergebnissen des gestrigen Wahlsonntags, der eine katastrophale Wahl Niederlage der Bürgerblockparteien, insbesondere der Deutschnationalen, mit sich brachte. Die Deutsche Zeitung nennt ihn deshalb einen „schwarzen Wahlsonntag“. Alle Zeitungen müssen die starken Erfolge der Kommunisten insbesondere in Hessen zugeben und versuchen sie durch den Hinweis auf den Stimmentrückgang der SPD in Danzig abzumildern. Dies tut auch die SPD-Presse, die andererseits über die große Niederlage der SPD bei den hessischen Landtagswahlen, wo bisher die Weimarer Koalition regierte, kein Wort verliert.

Auf Grund der Wahlergebnisse beschäftigt man sich mit den zu erwartenden Regierungskonstellationen. Triumphierend stellt die Volkszeitung für Hessen fest, daß trotz der dort eingetretenen starken Stimmverluste für die Weimarer Koalitionsparteien nach wie vor eine solche Koalition die Mehrheit im Landtage besitze und deshalb auch die Regierung bilden würde. Das gleiche erhofft sie von Danzig, wo SPD mit Zentrum und Demokraten zusammen 64 von 120 Sitzen innehaben. Bezüglich des Wahlergebnisses in Bremen rechtfertigt das Stampierorgan das Vertrauen der bürgerlichen Abendpresse, die der SPD-Führerschaft gut zuredet, um es in Bremen unter keinen Umständen zu irgendwelchen Zugeständnissen gegenüber den Kommunisten kommen zu lassen. Der Vorwärts schreibt: „Da ein Zusammenwirken mit der KPD unmöglich ist, wird sich die sozialdemokratische Fraktion nach anderen Koalitionsgenossen umsehen müssen.“

Ist die Volkspartei Belehrungen zugänglich, so würde die Bildung einer Regierung auf der Basis der Großen Koalition nicht unmöglich sein.“

Diese Offenheit der reformistischen SPD-Führerschaft, sich unter allen Umständen für eine Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie einzulassen, wird noch dadurch unterstrichen, daß der Vorwärts erklärt, es fehlen der SPD in Bremen nur noch 100 Stimmen, die sie eventuell durch die noch abstimmbaren Seeleute erhalten würde, zu einem neuen Mandat, so daß dann 61 Linksstimmen 59 der bürgerlichen Parteien gegenüberstehen würden. — Es muß dabei daran erinnert werden, daß die SPD eine Listenver-

bindung mit der KPD zur Zahlung der Reststimmen nicht eingegangen war, auf diese Weise hätten KPD und SPD wahrscheinlich schon jetzt das 61. Mandat sichergestellt. Die SPD-Führerschaft in Braunschweig hat bekanntlich erst vor einigen Tagen eine ihr von der KPD angebotene Listenverbindung zur Zahlung der Reststimmen abgelehnt, und somit auch hier ihr Desinteresse an einer kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit eingestanden. Für die SPD-Führerschaft heißt es auch nach den gestrigen Wahlergebnissen nach wie vor: mit der Bourgeoisie gegen die Interessen der Arbeiterschaft.

104000 Stimmen Verlust — und dennoch ein Erfolg

Die Volkszeitung schreibt gestern zu dem Wahlausgang in Hessen:

„Für die Regierungskoalition (Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten) bedeutet das Ergebnis eher einen Erfolg als eine Niederlage. Von ihren bisherigen 43 Sitzen hat sie zwar einen verloren, aber das sagt in Anbetracht der schwierigen finanziellen Verhältnisse, in denen sich das Land Hessen befindet und in Anbetracht der streupoligen Politik der Oppositionsparteien nicht viel. An der jetzigen Mehrheitsbildung dürfte sich deshalb kaum etwas ändern.“

Die Regierungskoalition hat in Hessen 104 000 Stimmen verloren. Die SPD allein 65 000, trotzdem erklärt die Volkszeitung, das sei eher ein Erfolg als eine Niederlage. Die Volkszeitung entbehrt damit den parlamentarischen Realismus der SPD. Die Massen der Arbeitenden sind ihr nichts, die Mandate alles. Sie rechnet damit, daß die bisherige Regierungskoalition bestehen bleibt. Sie hätte es als eine Niederlage betrachtet, wenn eine Mehrheit von KPD und SPD zustande gekommen wäre. Drahtfischer kann die revolutionäre Haltung der SPD nicht aufzeigen, wie durch diesen Kommentar der Volkszeitung zu den Wahlen in Hessen. Keine Massenbewegung, keine Mehrheit von KPD und SPD, das ist der höchste Wunsch der SPD-Führer. Angestrebte Zusammenarbeit mit dem Bürgertum, das ist die größte Sehnsucht der SPD-Politik. Um dieser Zusammenarbeit willen beschneidet man den Verlust von 65 000 Wählern als Erfolg. Wir wünschen diesen Renegaten noch viele solcher „Erfolge“, wir werden alle Hände aufwenden, die noch Absteigenden zu uns heranzuziehen.

Lohnkampf oder Kapitulation?

Die Reformisten wollen den Metallarbeitertkampf verhindern

Berlin, 15. Nov. (Eig. Drahtmeldung.)

Da die Vermittlungsverhandlungen zwischen den Berliner Metallindustriellen und dem Metallarbeiterverband ergebnislos verlaufen sind, bildete der Schlichter eine Kammer, die einstimmig, also mit Zustimmung der reformistischen Verbandvertreter, einen „Vergleichsvorschlag“ beschloß und zur Annahme empfahl, in dem es unter anderem heißt: „Mit Rücksicht auf die weitgehende Differenz der Verdienste in einzelnen Betrieben, erscheint eine einheitliche Regelung kaum durchführbar. Die Kammer empfiehlt eine Erhöhung der Löhne der Handformer, Maschinenformer, Kernmacher und Kutscher um etwa 5 Prozent mit Wirkung ab 14. November.“ Bei Streitigkeiten in einzelnen Betrieben soll eine paritätische Kommission endgültig entscheiden.

Die Forderungen der Former belaufen sich hauptsächlich auf eine einheitliche Lohnzulage um 15 Prozent, Mindestlöhne von 1,30 Mark bzw. 1,25 Mark.

Der Vergleichsvorschlag stellt fest, daß eine einheitliche Regelung kaum, das heißt also nicht durchführbar ist, daß nicht 15 Prozent, sondern etwa 5 Prozent „Zulage“ empfohlen werden. Die Mindestlöhne sind unter den Tisch gefallen. Beide Sozialdemokraten haben zugestimmt.

Der Vorwärts schreibt heute dazu: „Die Eisenformer werden nun zu entscheiden haben, ob sie sich mit diesem großen „moraliſchen“, praktisch allerdings unbefriedigenden Erfolg begnügen wollen oder ob die Differenz zwischen dem was ihnen die Vereinbarung bietet und dem, was sie durch einen eventuellen, zweifellos aber hartnäckigen Kampf erreichen können, ob diese Differenz diesen Kampf wert ist.“ Wenn diese schleimigen Worte einen Sinn

haben sollen, so besagen sie, daß die Former zur Annahme des kläglichen Vergleichsvorschlages aufgefordert werden. Die Rote Fahne schreibt dazu: „Das, was wir voraussetzten, ist eingetroffen. Durch die jämmerliche Schlichtungskomödie, durch ein offensichtlich abgekartetes Spiel soll der Streik der Former verhindert werden und damit die Lohnbewegung der Berliner Metallarbeiter erstickt werden. Dieser Plan darf nicht gelingen. Die Eisenformer müssen den jämmerlichen Vergleichsvorschlag heute noch viel mehr ablehnen, wie bei der ersten Urabstimmung. Es kommt nun darauf an, den Schlichtungsinstanzen nicht erst die Möglichkeit zu geben, den Vergleichsvorschlag in einen Schiedsspruch umzuwandeln und für verbindlich zu erklären, sondern den Streik, so wie er in der Urabstimmung beschloffen wurde, aufzunehmen.“

Es ist der heftigste Wunsch der „linken“ DMB-Reformisten vom Schlege der Ulrich den Lohnkampf der Eisenformer zu verhindern. Diese armseligen Strategen wissen: kommt es zu einem hartnäckigen Kampf und einen längere Zeit dauernden Streik der Eisenformer, so hat das die Stilllegung der bedeutendsten Berliner Metallbetriebe zur Folge. Der Kampf der Eisenformer kann so der Auftakt zu einem Riesenkampf der gesamten Berliner Metallindustrie werden, — und das möchten die Reformisten unter allen Umständen verhindern.

Reformistischer Dolchstoß

Düsseldorf, 15. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Der größte Betrieb der Bemberg-Seidenfabriken beschloß, den Kampf trotz Verbindlichkeitsklärung des Textil-Schiedsgerichts weiterzuführen. Daraus erzwungen die Führer des Textilarbeiterverbandes in gemeinsamer Verhandlung mit der Direction eine Anerkennung des Betriebsrates über sofortige Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Siegesfeier der Sowjetmacht

Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter
Moskau, 10. November 1927.

Moskau, das Herz der proletarischen Diktatur, feiert das erste Jahrzehnt der proletarischen Diktatur. 1 1/2 Millionen Menschen zogen am 7. November in geschlossenen Reihen im Demonstrationszug am Mausoleum Lenins vorbei. Aber mehr noch als 1 1/2 Millionen, das ganze werktätige Moskau war an diesem grauen nebligen Herbsttag auf den Beinen, um seine Solidarität mit der Weltrevolution, um sein Vertrauen zu der führenden Partei Lenins, um den Willen zu weiterem Kampf und Arbeit zu demonstrieren. Die Moskauer Kundgebung, an diesem Jubiläumstag der proletarischen Herrschaft in der Sowjetunion, war nicht allein die mächtigste Willensäußerung der werktätigen Massen, sie war zugleich das größte Volksfest, ein Fest der Freude und des proletarischen Klassenbewußtseins.

Das Fest der Revolution begann in Moskau am Vorabend des 7. November mit den Sitzungen des Moskauer und der Raposowjets. Die zentrale Sitzung des Moskauer Sowjets im „Großen Theater“ mit den Vertretern der Regierung und der Partei, hatte diesmal eine ganz besondere Note erhalten durch die Anwesenheit der vielen hundert ausländischen Delegierten aus aller Herren Länder, die auf der Tribüne, in den Logen und Rängen des prachtvollen einmaligen zaristischen Opernhäuses saßen. Ost und West, Deutschland, Frankreich, Standinoanien, Mexiko, Indien, China, Argentinien, Amerika und Afrika — die Werktätigen aller Weltteile nahmen an dem großen Fest der Revolution teil und geballten es zu dem, was es wirklich ist: zum Fest des internationalen Proletariats.

In der kurzen, scharf geprägten Rede, die Genosse Bucharin im Namen der Regierungspartei der Bolschewiki an dem Abend hielt, kam der Gedanke zum Ausdruck, daß die Revolution ihren Heroismus nicht allein in den Barrikadenkämpfen offenbart, sondern daß in der jähren Arbeit des sozialistischen Aufbaues der Geist der Revolution sich ebenso manifestiert, wie in der offenen Schlacht.

Von den ausländischen Vertretern ergriff als erste das Wort Clara Zetkin, deren Erscheinen auf der Tribüne mit langanhaltendem tosendem Beifall aufgenommen wurde. Wie kein anderer hat diese große Kämpferin den Sinn und die Seele der russischen Revolution erfaßt. So ist es auch natürlich, daß ihre Worte, auch wenn sie in fremder Sprache geredet werden, die Herzen der russischen Arbeiter am meisten entzündeten.

Von England, dem Lande, dessen Regierung mit Sowjetrußland offiziell gebrochen hat, sprachen zwei Vertreter, Henri Barbusse dichterische Worte preisen die neue Menschheit, die im Sowjetstaate erblüht. Vor Barbusse sprach ein achtzigjähriger Barrikadenkämpfer der Pariser Kommune, der Vorläuferin des Roten Oktober. Mit ungeheurem Beifall wurde ein Vertreter des Roten Frontkämpferbundes Deutschlands empfangen. Die russischen Arbeiter sehen im RFB den Vortrupp des kämpfenden Proletariats der Hindenburg-Republik, der einmal auf den Barrikaden kämpfen wird. So gilt die Sympathie der russischen Arbeiter dem RFB-Kameraden ganz besonders.

Stundenlang dauerten die Ansprachen und Begrüßungen der ausländischen Vertreter der Arbeiter aus den Betrieben, der Ausländer. Die Sowjets von Leningrad und Moskau riefen durch den Lautsprecher per Radio ihre Ansprache direkt in den Saal hinein. — eine wunderbare Erregungsgeschicht der Technik. Der Sekretär des Moskauer Parteikomitees, Uglanow, der die Sitzung leitete, erklärte bereits die Versammlung als geschlossen, aber die Arbeiter riefen so lange: „Stalin, Stalin laß sprechen!“, bis Stalin zur kurzen Ansprache das Wort ergriff. Ebenso zwang die Versammlung den Genossen Antow, der halbtot war, zu einer kurzen Ansprache.

Teube und regnerisch brach der 7. November an. Schon in den frühesten Morgenstunden erdröhnten die Straßen unter den Füßen der Demonstranten, der Lastautos mit den Kindern usw. Punkt 9 Uhr begann die Feier auf dem Roten Platz. Kurz und prägnant waren die Worte der Redner: Uglanows im Namen des Moskauer Komitees, Bucharins im Namen der KPD und des Vertreters der Komintern. Die 21 Salutschüsse, die im Kreml abgefeuert werden, die Hymne der „Internationalen“, Hurra-Rufe und die Musik der Orchester, verschmelzen sich zu einer mächtvollen Symphonie. Dann beginnt die Militärparade. Zuerst ziehen die Vertreter der Militärakademie und der Militärschulen vorbei. Die Belagerung des ruhmreichen Kreuzes „Arctur“ löst den stürmischen Beifall der Kämpfer von 1917 aus. Die Truppen in ihren farbigen Mützen ziehen vorüber. Eine Abteilung Sapoteure trägt Stahlhelme. Besonderes Aufsehen erregt ein Zug Jugendlicher in Militäruniform: das sind ehemalige Obdachlose, die in den Schulen der Roten Armee und der GPU erzogen werden. Arbeiterhundertchaften, bewaffnete Arbeiter aus den Betrieben ziehen vorbei. Dann kommt die Artillerie und nach ihr die Kavallerie mit dem roten Reitergeneral Subjonan an der Spitze. Im Galopp rät das Uberteilen-Regiment vorüber, das speziell zu der Feier aus dem Kaukasus gekommen ist. Burjatis-mongolische Kavallerieabteilungen aus Sibirien folgen. Aus allen Teilen der Union kamen Truppenvertreter nach Moskau, um die Kampfwichtigkeit der Roten Armee zum Schutz der URSR zu dokumentieren.

1 1/2 Stunden dauert der Vorbeimarsch der Truppen. Dann beginnt der Vorbeimarsch der werktätigen Massen Moskaus